HEINRICH BÖLL STIFTUNG

iran-report

Nr. 03/2007

ایران ریپورت

I. Innenpolitik
Iran testet erneut Raketen / Amerikanisch-israelisches Spionagenetzwerk entdeckt / Zwangsexmatrikulation von Studenten / 17 Aufständische bei Kämpfen in Nord-Iran getötet / Zwei Polizisten an der Grenze zu Pakistan getötet / Russisches Raketensystem erfolgreich getestet / Rakete erreichte nicht den Weltraum / Greenpeace darf nicht gegen Atomkraftwerk in Iran protestieren / Irak will iranische Volksmodjahedin loswerden / Inhaftierter französischer Hochseeangler ist frei / Eine Insel nur für Frauen

II. Wirtschaft
Mit Tomatenpreisen ein Komplott gegen die Regierung schmieden / Sanktionen gegen Iran würden die deutsche Wirtschaft hart treffen / USA warnen deutsche Banken vor Geschäften mit Iran / Zahlungsrückstand könnte Start von Buschihr verzögern / Justiz und Geheimdienst wollen die Freiheit des Kapitals schützen / Bundesregierung beschränkt Hermes-Exportbürgschaften für Iran / USA setzen drei iranische Unternehmen auf schwarze Liste / Iranische Ölbörse soll im März starten

III. Außenpolitik
Verwirrung um iranische Atompolitik / Iran will im Mai 3 000 Zentrifugen in Betrieb haben / Ahmadinedschad: Unser "nuklearer Zug hat weder eine Bremse noch einen Rückwärtsgang" / Brasilien setzt UN-Sanktionen gegen Iran in Kraft / Presse: Israel will Luftkorridor über Irak für Angriff auf Iran / USA machen Jagd auf Iraner im Irak / USA: Neue Beweise für iranische Waffen im Irak / Washington nimmt gemeinsam mit Iran und Syrien an Irak-Konferenz teil / Außenminister islamischer Staaten fordern diplomatische Lösung des Atomstreits / Zweiter US-Flugzeugträger traf im Golf von Oman ein / Assad und Ahmadinedschad kritisieren US-Politik im Nahen Osten

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 04/2007 Anfang April) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im März 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 – 0
Fax: 030-285 34 – 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Iran testet erneut Raketen

Iran hat drei Tage vor dem Ablauf der vom UN-Sicherheitsrat festgesetzten Frist erneut Raketen getestet. Die amtliche Nachrichtenagentur IRNA meldete am 19. Februar, die Bodentruppen der Revolutionsgarden hätten zum Auftakt von Manövern Raketen unterschiedlicher Reichweite erprobt. Das staatliche Fernsehen zeigte Bilder startender Flugkörper, die von fahrbaren Rampen und kleinen Booten abgefeuert wurden. Die See- und Luftstreitkräfte der Revolutionsgarden hatten Anfang Februar Raketen getestet, die in der Lage sein sollen, auch große Schiffe zu versenken.

Die Revolutionsgarden der „Pasdaran“ bilden neben der regulären Armee die zweite Säule der iranischen Streitkräfte. Ein gemeinsamer Generalstab im Verteidigungsministerium koordiniert die Einsätze der rund 125000 Revolutionsgardisten ebenso wie die Operationen des offiziellen Militärs, das Schätzungen zufolge mindestens 420000 Mann unter Waffen hält. Im Kriegsfall kann die Führung in Teheran zudem eine mehrere hunderttausend Kämpfer starke Volksmiliz mobilisieren, die den Pasdaran direkt unterstellt ist.

Die Paramilitärs verfügen über moderne Waffensysteme. Sie unterhalten eigene Heeres- und Marineeinheiten und sollen für das gesamte Raketenarsenal Irans verantwortlich sein. Gegründet wurden die „Pasdaran“ im Zuge der islamischen Revolution 1979, als sich einzelne Kampfverbände zu einer unabhängigen Streitmacht für das Chomeini-Regime formierten.

Ihre aus der schiitischen Bevölkerungsmehrheit rekrutierten Untergrundkämpfer waren zunächst für die „Ausweitung der Revolution“ im Landesinnern zuständig. In den 80er Jahren wurden Pasdaran-Milizen aber auch im Ersten Golfkrieg und in Libanon aktiv. Heute beschuldigen die USA die Revolutionsgarden, das Terrornetzwerk des radikalen Schiiten-Predigern Muktada Al-Sadr im Irak zu unterstützen.
(siehe diesen Report, S. 14)

Amerikanisch-israelisches Spionagenetzwerk entdeckt

Die iranische Regierung hat nach eigenen Angaben ein amerikanisch-israelisches Spionagenetzwerk entarnt. Der für die Geheimdienste zuständige Minister Gholam Hossein Mohseni Ejehi gab am 8. Februar zugleich die Festnahme einer Gruppe von Iranern bekannt, die ins Ausland habe reisen wollen, um sich dort als Spione ausbilden zu lassen.

Ob auch Mitglieder des angeblich israelisch-amerikanischen Spionagenetzwerks inhaftiert wurden, sagte der Minister nicht. Er deutete jedoch an, dass die Gruppe überwacht werde. „Die Gruppe wurde von uns aufgespürt und wir haben sie in unserem Netz“, sagte Ejehi laut dem staatlichen Fernsehen vor Geistlichen in der heiligen Stadt Ghom. Es handele sich um Agenten der CIA und des israelischen Geheimdienstes Mossad, sagte der Minister.

Das Netzwerk sei an der iranischen Grenze aktiv gewesen. Nähere Angaben dazu machte Ejehi nicht. Iran hat Grenzen zur Türkei, zu Afghanistan, Aserbaidschan, dem Irak, Pakistan und Turkmenistan.

Zwangsexmatrikulation von Studenten

Das Teheraner Polytechnikum hat zahlreiche Studenten exmatrikuliert und deren Befreiung vom Militärdienst aufgehoben. Ein Mitarbeiter des Lehrpersonals, der nicht genannt werden wollte, sagte, mit dieser Verfügung können rund fünfzig Studenten zum Militär eingezogen werden. Die betreffenden Studenten hätten bislang keine schriftliche Aufforderung erhalten, sich beim Militär zu melden. Sie seien völlig verunsichert und wüssten nicht, wie sie sich verhalten sollten. Studenten, deren Namen an das Militär weitergeleitet werden, sind verpflichtet, sich innerhalb von sechs Monaten zum Militärdienst zu melden.

Offensichtlich handelt es sich bei dieser Maßnahme um einen Racheakt gegen jene Studenten, die politisch aktiv sind und Präsident Ahmadinedschad bei seinem letzten Besuch beschimpft und sein Foto verbrannt haben. Einer dieser Studenten, Matin Moschkin, der Ahmadinedschad provokative Fragen gestellt hatte, wurde, obwohl er kurz

vor seiner Promotion stand, sofort exmatrikuliert. Ein anderer Student, Keywan Ansari, wurde in Haft genommen und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Erstaunlich sind auch die Vorgänge in der Stadt Isfahan. An der dortigen Universität wurden die Studenten in einer Blitzaktion aufgefordert, über ihren Wehrdienst genau Auskunft zu geben, schreibt die Internet-Zeitung Aftab. Wer dies nicht konnte, wurde sofort in Untersuchungshaft genommen. Die meisten Festgenommenen hätten entweder den Nachweis für ihren geleisteten Militärdienst nicht dabei gehabt, oder ihr Studentenausweis war nicht verlängert worden.

17 Aufständische bei Kämpfen in Nord-Iran getötet

Im Nordwesten Irans sind am 24. Februar bei Kämpfen mit den paramilitärischen Revolutionswächtern 17 Aufständische getötet worden. Die amtliche Nachrichtenagentur IRNA sprach von „konterrevolutionären Elementen“. Die Revolutionswächter hätten die Rebellen an der Grenze zur Türkei aufgespürt, hieß es laut einer Mitteilung der Revolutionsgarden. In dem Gebiet operieren Mitglieder und Sympathisanten der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Zwei Polizisten an der Grenze zu Pakistan getötet

Wie die Nachrichtenagenturen IRNA und Mehr unter Berufung auf den örtlichen Polizeichef am 28. Februar mitteilten, wurden zwei Polizisten an der Grenze zu Pakistan getötet und vier weitere bei einem Überfall in der Provinz Sistan-Belutschistan von Rebellen entführt. Die Angreifer seien mit ihren Opfern nach Pakistan geflohen. Die Polizisten seien in einen Hinterhalt geraten. Der Polizeichef kritisierte die mangelhafte Zusammenarbeit mit den pakistanischen Behörden im Kampf gegen Rebellen in der Grenzregion als „nicht hinnehmbar“.

Erst Mitte Februar waren bei einem Anschlag auf einen Bus der Revolutionswächter in der Stadt Zahedan in derselben Provinz elf Menschen getötet und 31 weitere verletzt worden. Zu der Tat hatte sich die radikale Sunnitengruppe Dschunollah (Allah-Brigade) bekannt. Wie die Nachrichtenagentur Fars meldete, übernahm die Gruppe in einer Erklärung die Verantwortung für den Anschlag.

Der in der Stadt Zahedan in einem Auto versteckte Sprengsatz detonierte, als ein Bus der Revolutionsgarden vorbeifuhr. Ein Zeuge berichtete, Angreifer auf Motorrädern hätten den Bus durch Schüsse aus Maschinengewehren gestoppt, anschließend sei die Bombe explodiert. Zunächst war von 18 Toten die Rede gewesen, ein ranghoher Armeekommandeur korrigierte die Opferzahl später jedoch nach unten.

Die Dschundallah waren bereits vor knapp einem Jahr in Erscheinung getreten, als sie mit einer Geiselnahme fünf inhaftierte Mitglieder einer Gruppe freipressen wollten. Auch bewaffnete Angriffe und Anschläge in der Region Zahedan wurden in der Regel der Gruppe zugeschrieben. Sechs ihrer Mitglieder waren im November in Zahedan und Iranschahr gehängt worden.

In iranischen Medienberichten hieß es, Drogendealer seien vermutlich die Bombenleger. Zahedan ist die Hauptstadt der mehrheitlich von Sunniten bewohnten Provinz Sistan-Belutschistan, die an Afghanistan und Pakistan grenzt. Insgesamt sind im Iran die Schiiten in der Mehrheit. Zahedan gilt als eine Hochburg von Drogenschmugglern, die das Rauschgift aus dem Grenzgebiet nach Europa schaffen. In der Vergangenheit hatten sich Drogenkriminelle in der Region Gefechte mit den Revolutionsgarden geliefert.

Nur wenige Tage nach dem blutigen Bombenanschlag wurde ein zum Tode verurteilter Drahtzieher öffentlich hingerichtet. Zahlreiche Bewohner der Stadt Zahedan hätten zugeschaut, als der Verurteilte durch den Strang starb, berichtete IRNA. Ein Revolutionsgericht hatte den Mann zuvor für schuldig befunden. Die Hinrichtung fand am Ort des Anschlags statt.

Russisches Raketenabwehrsystem erfolgreich getestet

Iran hat am 7. Februar mit dem Abschuss mehrerer Boden-Luft-Raketen ein neues russisches Raketenabwehrsystem getestet. „Wir haben das neue, moderne TOR:M1-Verteidigunssystem erfolgreich getestet“ teilte der Kommandeur der Luftwaffe der Revolutionswächter, Hos-

sein Salami, nach Angaben der Nachrichtenagentur ISNA mit. Das TOR-M1-System sei Teil der Verteidigungsstrategie der Revolutionswächter und basiere auf dem Prinzip der Abschreckung. Das iranische Staatsfernsehen zeigte Bilder von mehreren Raketen, die in der Wüste von mobilen Abschussrampen aus in den Himmel geschossen wurden.

Iran und Russland hatten 2005 einen Vertrag über den Ankauf von 29 TOR-M1-Raketen im geschätzten Wert von 700 Millionen Dollar abgeschlossen. Im Januar lieferte Russland die Raketen, obwohl die USA das Waffengeschäft heftig kritisiert hatten.

Rakete erreichte nicht den Weltraum

Die am 25. Februar von Iran gestartete Rakete hat doch nicht den Weltraum erreicht. Es habe sich um eine Rakete für wissenschaftliche Zwecke gehandelt, die eine Höhe von 150 Kilometern nicht überschreiten könne, räumte der stellvertretende Leiter des iranischen Weltraumforschungszentrums, Ali Akbar Golru, auf der Homepage des staatlichen Fernsehens ein. „Sie erreichte den Orbit nicht und kehrte per Fallschirm auf die Erde zurück“, sagt Golru.

Der Leiter des Zentrums, Mohsen Bahrami, hatte zuvor den Flugkörper als Weltraumrakete bezeichnet. Jetzt hieß es, der Abschuss habe dazu gedient, Wissenschaft und Forschung für die Studenten im Land zu verbessern. Iran unternimmt seit geraumer Zeit Anstrengungen, Satelliten ins All zu schicken.

Greenpeace darf nicht gegen Atomkraftwerk in Iran protestieren

Die Umweltorganisation Greenpeace darf nicht in Iran gegen das im Bau befindliche Atomkraftwerk Buschehr protestieren. Dem Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ sei in letzter Minute die Genehmigung entzogen worden, in den Hafen von Buschehr einzulaufen, teilte die Organisation am 19. Februar in Dubai mit. Dort wollte Greenpeace auf ihrem Schiff bei einer Pressekonferenz deutlich machen, dass es für Iran auch andere Optionen der Energiegewinnung als die Atomkraft gebe, hieß es weiter. „In letzter Minute“, kurz vor den iranischen Gewässern, sei die Genehmigung durch die Behörden jedoch zurück gezogen worden und das Schiff musste umkehren. „Wir bedauern es sehr, dass wir nicht in der Lage sein werden, unsere Ansichten dem iranischen Volk darzustellen“.

Irak will iranische Volksmodjahedin loswerden

Die Regierung in Bagdad hat die oppositionellen iranischen Volksmodjahedin aufgefordert, den Irak zu verlassen. Regierungssprecher Ali Dabbagh sagte am 18. Februar im staatlichen TV-Sender Al-Irakija: „Die irakische Regierung stimmt bei der Einschätzung dieser Gruppierung mit der amerikanischen Führung und mit der Europäischen Union überein, die diese als Terrororganisation einstufen.“ Die von religiösen Schiiten-Parteien dominierte irakische Regierung unterhält enge Beziehungen zu Teheran.

Das Regime von Ex-Machthaber Saddam Hussein hatte den Volksmodjahedin, die eine Art islamischen Marxismus propagieren, von Beginn der achtziger Jahre an im Irak Unterschlupf gewährt und ihnen erlaubt, eine Militärbasis nördlich von Bagdad zu errichten. Nach der US-Invasion mussten die Volksmodjahedin ihre schweren Waffen abgeben, wurden aber weiterhin als Flüchtlinge geduldet, zum Teil auch, weil sich keine anderen Staaten bereit fanden, die Exil-Oppositionellen aufzunehmen. Derzeit sollen sich etwa 5000 Angehörige der Organisation im Irak aufhalten.

Inhaftierter französischer Hochseeangler ist frei

Der französische Staatsbürger Stéphane Lherbier wurde überraschend am 25. Februar aus einem Teheraner Gefängnis entlassen, nachdem er vom Revolutionsführer Ayatollah Ali Chamenei begnadigt worden war. Dies teilte Frankreichs Außenminister Philipe Douste-Blazy der Presse mit. Lherbier war Ende 2005 zusammen mit dem Deutschen Donald Klein bei einer Hochseeangeltour unter dem Vorwurf der Spionage festgenommen worden. Beide wurden zu 18 Monaten Haft verurteilt.

Nach der Freilassung Lherbiers hat die Bundesregierung in Berlin ihre Forderung nach sofortiger Haftentlassung seines deutschen Mitgefangenen bekräf-

tigt. „Wir haben heute der iranischen Seite die klare Erwartung übermittelt, dass auch Herr Klein jetzt freigelassen wird“, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes der Nachrichtenagentur AFP. Der Sprecher begrüßte die Freilassung Lherbiers. Lherbier zeigte sich in Teheran „überrascht, aber zufrieden“. Er habe im Gefängnis über Lautsprecher von seiner Freilassung erfahren. „Ich habe es zuerst nicht geglaubt, aber dann kam der Gefängnisleiter und benachrichtigte mich“, sagte der Franzose. Er sei sehr enttäuscht, dass nicht auch Klein freigelassen worden sei. Er hoffe sehr auf eine entsprechende Geste der iranischen Behörden. „Er ist unschuldig.“

Beide seien im Evin-Gefängnis im Bereich für Wirtschaftskriminalität eingesperrt gewesen, sagte Lherbier weiter. Dort säßen 200 bis 300 Gefangene ein, pro Zelle seien es etwa 16, beschrieb der Franzose die Haftbedingungen. Douste-Blazy begrüßte in Paris die Freilassung. „Wir haben mehrmals gesagt (…), dass die beiden Männer so schnell wie möglich freikommen müssen“, sagte der Minister. Zuvor hatte er bestätigt, Lherbier sei in der französischen Botschaft in Teheran.

Klein und sein Skipper Lherbier waren am 29. November 2005 festgenommen worden. Das Seegebiet im Persischen Golf wird auch von den Vereinigten Arabischen Emiraten beansprucht, wo Lherbier ansässig ist.

Eine Delegation der Grünen hatte Klein Ende Januar besucht. Der Gefangene habe zwar Gewicht verloren, wirke aber „gefasst und optimistisch“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, nach dem Besuch.

Nach der Freilassung von Lherbier könnte nun auch Donald Klein bald aus dem Gefängnis entlassen werden, sagte Irans Außenminister Manuchehr Mottaki am 27. Februar vor Journalisten in Teheran. Lherbiers Freilassung sei von der Justiz aus humanitären Gründen beantragt und vom obersten iranischen Führer Ayatollah Chamenei bestätigt worden. Im Fall Klein laufe das gleiche Verfahren, „und wenn es soweit ist, wird die deutsche Seite dementsprechend benachrichtigt“.

Irans Botschafter in Berlin war am 26. Februar ins Auswärtige Amt einbestellt worden. Dabei sei ihm die klare Erwartung übermittelt worden, dass die Bundesregierung auch im Fall Klein von einer umgehenden Lösung ausgehe, teilte ein AA-Sprecher mit.

Kleins Anwalt Klaus Kübler sagte, er sei „zuversichtlich“, dass Bewegung in den Fall komme. Die Bemühungen des Auswärtigen Amtes in Berlin in den vergangenen Tagen zeigten offenbar Wirkung.

Eine Insel nur für Frauen

Frauen sollen künftig auf einer männerfreien Insel, ganz allein unter sich, ihre Freiheit genießen können. Die Insel Aresu (auf Deutsch Hoffnung) auf dem Orumijeh-See im Nordwesten des Landes solle künftig nur für das weibliche Geschlecht reserviert sein, berichtete die Zeitung Emruz. Auf der Insel nahe der türkischen Grenze werde „kein einziger Mann“ sein, sagte ein örtlicher Behördenmitarbeiter dem Blatt. Öffentliche Verkehrsmittel, Restaurants und alle anderen Einrichtungen würden ausschließlich von Frauen betrieben. Die Idee sei vom Revolutionsführer Ali Chamenei abgesegnet, hieß es weiter. Dieser habe in einer reinen Fraueninsel keinen Verstoß gegen die islamische Scharia gesehen.

In Iran besteht für Frauen islamische Zwangskleidung. Es gibt aber vereinzelte Strände, auf denen Frauen sich geschützt vor Männerblicken unverschleiert bewegen können. In manchen Städten gibt es auch Parks, die für Männer gesperrt sind.

II. Wirtschaft

Mit Tomatenpreisen ein Komplott gegen die Regierung schmieden

Die rapide steigenden Preise für Lebensmittel und Konsumgüter und die Unfähigkeit der Regierung, diese Entwicklung aufzuhalten, haben zahlreiche Anhänger der Regierung zu ihren Gegnern gemacht. Besonders unter den ärmeren Schichten der Bevölkerung, denen Ahmadinedschad während seines Wahlkampfs ein besseres Leben versprach, wächst die Unzufriedenheit. Die Regierung ihrerseits hatte zunächst versucht, die Teuerung zu leugnen und warf den Medien vor, Unwahrheiten zu verbreiten. Sie habe die Preise vollkommen unter Kontrolle, sagte kürzlich der Regierungssprecher und erntete damit selbst unter konservativen Parlamentariern Spott und Gelächter.

Nun hat die Regierung eine neue Begründung für den Preisanstieg erfunden. „Unsere Gegner schmieden ein Komplott um uns zu schaden“, sagte Präsident Ahmadinedschad der Nachrichtenagentur ISNA zufolge. „So kommen sie zum Beispiel und treiben die Tomatenpreise in die Höhe“. Die Probleme, die es auch bei Fleisch und Hühnchen gebe, würden aber mit Gottes Hilfe gelöst. Wer glaube, die Iraner würden deshalb ihre Ideale verraten, täusche sich.

Tomaten sind ein wichtiger Bestandteil der iranischen Küche. Zuletzt hat sich der Preis für Tomaten auf umgerechnet rund 2,50 Euro pro Kilogramm verdoppelt. Ahmadinedschad sagte dazu, die Bürger sollten auf die Preise achten und mehr Obst und Gemüse auf günstigen Wochenmärkten einkaufen. Nach offiziellen Angaben betrug die Inflation im Februar 16 Prozent.

Sanktionen gegen Iran würden die deutsche Wirtschaft hart treffen

Schärfere Sanktionen oder gar militärische Schritte gegen Iran würden nach Ansicht des Groß- und Außenhandelsverbands der deutschen Wirtschaft Milliardenverluste bereiten. Iran sei „Deutschlands wichtigster Absatzmarkt“ in der Region, sagte Verbandspräsident Anton Börner der „Thüringer Allgemeinen“. Deutsche Unternehmen und darunter vor allem mittelständische Unternehmen würde eine solche Entwicklung „hart treffen“. Angesichts eines Handelsvolumens mit Iran von etwa 4,5 Milliarden Euro im vergangenen Jahr solle die Bundesregierung alles Mögliche gegen eine Eskalation unternehmen. Im Gegensatz zu Russland liefere Deutschland „keine Waffen oder kritische Güter“. An der Devise „Wandel durch Handel“ halte man fest. Dies sei „ein Weg zur Demokratisierung und Friedenssicherung“.

USA warnen deutsche Banken vor Geschäften mit Iran

Das US-Finanzministerium hat die deutsche Kreditwirtschaft eindringlich vor Geschäften mit Iran gewarnt. „Wir reden mit Banken, wenn wir in Europa sind. Was wir sicherlich wollen, ist, dass alles getan wird, um das iranische Nuklearprogramm zu stoppen“, sagte Robert Kimmitt, Vize-Finanzminister der USA, der „Financial Times Deutschland“ in der Ausgabe vom 13. Februar.

Um die Terrorfinanzierung zu unterbinden, reichten staatliche Maßnahmen nicht aus. Die US-Regierung sei deshalb mit dem privaten Sektor in einen Dialog getreten. „Wir geben den Finanzinstitutionen Informationen über die möglichen Risiken, die entstehen, wenn man Geschäfte mit jenen betreibt, die das Finanzwesen missbrauchen… Es geht darum, die Banken über die Praktiken zu informieren, mit denen Iran über seine Ziele hinwegtäuschen will, den Terrorismus zu unterstützen und sein Nuklearprogramm voranzutreiben“, sagte Kimmitt. So würden zur Finanzierung des Atomprojekts Firmen herangezogen, die unverdächtig schienen.

Zahlungsrückstand könnte Start von Buschihr verzögern

Russischen Angaben zufolge könnten ausstehende Zahlungen Teherans den Start des Atomkraftwerks in Buschihr verzögern. Die iranische Regierung sei mit ihren Verpflichtungen in Verzug geraten, verlautete aus Moskauer Regierungskreisen. Auch ein Sprecher der russischen Atombehörde erklärte, dass der Zahlungsrückstand den geplanten Starttermin in Frage stelle. Die iranische Atombehörde wies dies zurück.

Teheran komme seinen finanziellen Verpflichtungen sehr wohl nach, wurde der stellvertretende Leiter der Behörde, Mohammad Saidi, von der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zitiert. Iran werde in den kommen Tagen einen Plan

zur teilweisen Lösung der finanziellen Probleme anbieten, die auf russischer und nicht auf iranischer Seite lägen, sagte Saidi.

Der frühere iranische Staatspräsident Haschemi Rafsandschani forderte Moskau laut IRNA auf, Buschihr so schnell wie möglich fertig zu stellen. Außerdem erwarte Teheran, dass sich Russland Versuchen von „Kräften außerhalb der Region“ entgegenstelle, die über ihre Dominanz in internationalen Institutionen die nuklearen Rechte Irans ignorieren wollten.

Zwischen Moskau und Teheran besteht ein Vertrag im Wert von umgerechnet 760 Millionen Euro, wonach Russland die Atomanlage in Buschihr maßgeblich errichten soll. Laut einer darauf aufbauenden Vereinbarung aus dem vergangenen Jahr soll Russland bis kommenden Monat die Brennstäbe liefern. Im September soll dann die Anlage angefahren werden, im November könnte sie ans Netz gehen.

Russland hat im Dezember einer Resolution des Weltsicherheitsrats zugestimmt, in der die Weigerung Teherans, auf eine Urananreicherung zu verzichten, mit Sanktionen belegt wurde. Der Weiterbau von Buschihr ist allerdings davon nicht betroffen. Russland hat angeboten, die Urananreicherung für iranische Kraftwerke zu übernehmen, um internationale Befürchtungen über ein etwaiges Atomwaffenprogramm zu zerstreuen. Teheran hat das Angebot zwar nicht abgelehnt, besteht aber gleichzeitig auf seinem Recht auf eigene Anreicherung.

Justiz und Geheimdienst wollen die Freiheit des Kapitals schützen

Irans Justizchef Ayatollah Mahmud Schahrudi hat am 27. Februar bei seinem Treffen mit Geheimdienstchef Gholam Hossein Ejehi die Notwendigkeit, das Kapital zu schützen, betont und vorgeschlagen, das Informationsministerium solle zu diesem Zweck eine Sonderabteilung einrichten. Das Ministerium müsse „alle Vorgänge im Land kontrollieren und dafür sorgen, dass die Sicherheit des Kapitals nicht beeinträchtigt und zugleich Chancengleichheit für Investitionen gewährleistet“ werde.

„Unsere Feinde versuchen wirtschaftlichen Druck auf unser Land auszuüben und damit in der Bevölkerung Unruhe zu stiften“, sagte Schahrudi. Der Geheimdienst habe die Pflicht, die Pläne der Feinde des Landes zu vereiteln.

Bezug nehmend auf die Anweisungen des Revolutionsführers Ali Chamenei, der kürzlich mit dem Hinweis auf Paragraph 44 der Verfassung die Förderung des Privatkapitals verlangte, sagte der Justizchef, die Justiz werde diesbezüglich Sondergerichte einrichten und dafür sorgen, dass der Ablauf von Prozessen erleichtert und beschleunigt werde. Er betonte, dass die Anweisungen des Revolutionsführers für alle Ämter und staatlichen Einrichtungen bindend seien.

Chamenei hatte im Juli vergangenen Jahres die Anweisung erteilt, die meisten staatlichen Unternehmen zu privatisieren. Anfang Februar übte er scharfe Kritik an die Regierung und warf ihr vor, die Durchführung dieser Anweisung versäumt und dadurch der Wirtschaft des Landes großen Schaden zugefügt zu haben.

Schahrudi meinte, man müsse betonen, dass Reichtum keineswegs den religiösen Grundsätzen widerspreche. Er empfahl dem Informationsministerium, die Übertragung der staatlichen Unternehmen an die Privatwirtschaft genau zu beobachten. Die Justiz werde in Zusammenarbeit mit anderen Instanzen auf der einen Seite wirtschaftliche Delikte verfolgen, auf der anderen Seite legale Aktivitäten des Kapitals schützen und fördern.

Bundesregierung beschränkt Hermes-Exportbürgschaften für Iran

Die Bundesregierung geht bei der Förderung von Exporten nach Iran durch staatliche Hermesbürgschaften einem Medienbericht zufolge deutlich restriktiver vor. Hermes-Sprecher René Andrich sagte der „Financial Times Deutschland“ am 15. Februar, neue Bürgschaften würden schärfer geprüft. Schon im vergangenen Jahr sei das Volumen neu bewilligter Exportversicherungen im Vergleich zu 2005 von 1,4 Milliarden auf 900 Millionen Euro gesunken. In diesem Jahr werde die Summe der Neudeckungen nach Angaben aus der Regierung wohl erneut deutlich zurückgehen, schreibt das Blatt weiter.

Die USA fordern Deutschland und andere Länder vehement auf, die staatliche

Förderung von Exporten nach Iran zu drosseln und zu stoppen. Washington will dadurch den wirtschaftlichen Druck auf Teheran im Atomstreit erhöhen. Zwar übernimmt Berlin noch neue Bürgschaften für Iran-Geschäfte. Der starke Rückgang im vorigen Jahr sei aber zumindest zum Teil politisch begründet, schreibt das Blatt. Noch 2004 seien neue Exportversicherungen im Umfang von 2,3 Milliarden Euro für Ausfuhren nach Iran bewilligt worden. Das Gesamtvolumen der über Hermes versicherten Iran-Geschäfte liege bei rund 5 Milliarden.

Die Bundesregierung hat Andrich zufolge im Spätsommer 2006 zudem beschlossen, die Höhe der neu bewilligten Kreditversicherungen auf die Summe der Zahlungsrückflüsse aus Iran an ihre deutschen Lieferanten zu binden. Die für neue Bürgschaften verfügbare Summe wurde so begrenzt. Berlin reagierte damit nach Angaben des Blattes auf die damalige Weigerung Teherans, eine Resolution des Weltsicherheitsrates zu befolgen und die Urananreicherung zu stoppen. Italien und Frankreich – wie Deutschland große EU-Handelspartner Irans – hätten ähnliche Entscheidungen getroffen.

USA setzen drei iranische Unternehmen auf schwarze Liste

Die USA haben am 16. Februar drei iranische Unternehmen wegen des Verdachts der „Verbreitung von Massenvernichtungswaffen“ auf eine schwarze Liste gesetzt. Das US-Finanzministerium habe die Guthaben der Firmen in den Vereinigten Staaten eingefroren, sagte Stuart Levey, als Unterstaatssekretär im US-Finanzministerium für Terrorismus und Finanzfragen zuständig. Zudem dürften US-Unternehmen nun nicht mehr mit Kalay-e Electric Co., Kavoshyar Co. und Pioneer Energy Industries Co. Handel treiben. „Das Finanzministerium hat den Schritt unternommen, um Iran den Zugang zu Baustoffen und Dienstleistungen zu verweigern, die den atomaren Ambitionen des Landes dienen könnten“, fügte Levey hinzu. Alle drei Firmen seien entweder im Besitz der iranischen Atomenergieorganisation oder würden von dieser kontrolliert.

Laut Levey wurde die Entscheidung in Einklang mit der Resolution 1737 des UN-Sicherheitsrats getroffen. Im Januar hatte das Finanzministerium bereits die fünftgrößte Bank Irans auf die schwarze Liste gesetzt, da sie an der Finanzierung des mutmaßlichen illegalen Waffenprogramms beteiligt gewesen sein soll.

Iranische Ölbörse soll im März starten

Nach Angaben des Ministers für Wirtschaft und Finanzen, Dawud Djafari, wird die iranische Ölbörse noch im März starten. Die Ölbörse, für die das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen zuständig sei, bedürfe noch weiterer Vorbereitungen, die in Zusammenarbeit mit dem Ölministerium erfolgen würden, sagte der Minister.

Selbstverständlich würden der Handel, Angebot und Nachfrage und der Preis für Nebenprodukte der Ölindustrie durch die Börse beeinflusst werden. Die Koordination dieser Transaktionen liege in der Verantwortung des Ölministeriums, ergänzte der Minister. Die vorhandenen Gesetze und Bestimmungen zur Förderung inländischer Investitionen werde man künftig auch für Investitionen ausländischer Unternehmen in Iran anwenden. Der niedrige Steuersatz von 25 Prozent werde ausländische Investoren zu größeren Aktivitäten in Iran ermuntern.

III. Außenpolitik

Verwirrung um iranische Atompolitik

„Ich frage mich, welches Land Herr Laridschani vertritt“, sagte US-Senator Joseph Lieberman nach der Rede des iranischen Atomverhandlungsführers Ali Laridschani auf der diesjährigen Sicherheitskonferenz in München.

Tatsächlich trat der Hardliner Ali Laridschani, der zu den radikalen Verfechtern des iranischen Nuklearprogramms gehört, erstaunlich moderat auf. „Sie sollten sich keine Sorgen machen“, versuchte er die anwesenden hochkarätigen Vertreter aus aller Herren Länder zu beruhigen. Iran bedrohe weder Israel noch Europa und unterstütze auch keine Terroristen, sagte er. Jeder Zweifel an den friedlichen Absichten Irans sei völlig unbegründet.

Laridschani versicherte, dass Teheran zur Kooperation mit dem UN-Sicherheitsrat bereit sei. „Wir müssen Verhandlungen haben und gegenseitigen Respekt“, sagte er. Und zum ersten Mal erklärte er als offizieller Vertreter der Islamischen Republik, dass Teheran eine Einschränkung der Urananreicherung auf vier Grad akzeptieren würde. Das sei zwar nicht gerecht, doch Iran sei um des Friedens willen bereit, dem Sicherheitsrat sogar soweit entgegen zu kommen. Mit so niedrig angereichertem Uran lässt sich nur der Brennstoff für Atomreaktoren herstellen, während für die Herstellung einer Atombombe hoch angereichertes Uran von etwa 90 Grad benötigt wird.

Einen Tag vor Laridschanis Auftritt in München hatte Teheran weitere Überwachungskameras in der umstrittenen Atomanlage Natans, in der Uran angereichert wird, installieren lassen. Somit seien nun alle von der Internationalen Atombehörde (IAEA) geforderten Kameras eingesetzt, hieß es in einer Erklärung der iranischen Atombehörde. Damit sei die IAEA in der Lage, die Anlage durchgängig zu überwachen. Darauf verwies auch Laridschani und erklärte, Iran werde innerhalb der nächsten drei Wochen die Unstimmigkeiten mit der Wiener Behörde beseitigen. Nach Angaben des IAEA-Generalsekretärs Mohammad EL Baradei gibt es keine Hinweise auf eine Absicht Irans, Atombomben zu bauen. Er kritisierte jedoch, dass Teherans Regierung Teile ihres Programms verheimlicht und nicht alle Fragen beantwortet habe.

Fast zur selben Stunden, zu der Laridschani in München seine Rede hielt, vernahm man aus Teheran ganz andere Töne. Dort lehnte Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad auf einer Kundgebung zum 28. Jahrestag der Islamischen Revolution erneut die vom UN-Sicherheitsrat geforderte Aussetzung der Uran-Anreicherung ab. Eine Aussetzung der nuklearen Aktivitäten wäre für die Islamische Republik eine „Erniedrigung“, sagte der Präsident. Während die Kundgebungsteilnehmer immer wieder „Tod für Amerika“ und „Atomkraft ist unser Recht“ skandierten, erklärte Ahmadinedschad, die iranische Nation sei entschlossen, „ihre atomaren Aktivitäten im Rahmen der Verträge und Vorschriften der Internationalen Atombehörde fortzusetzen“. Sein Land sei jederzeit zu Verhandlungen bereit, lehne jedoch Vorbedingungen ab. „Wie ein Fels“ werde der Iran auf seinem Recht zur friedlichen Nutzung der Atomenergie beharren und sich weder durch die vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen noch durch Drohungen der USA einschüchtern lassen.

Ungeachtet der militärischen Aktivitäten der USA am Persischen Golf, die nach Einschätzung vieler Beobachter auf einen bevorstehenden Angriff auf Irans Nuklearanlagen und Militärstützpunkte deuten, kündigte Ahmadinedschad eine neue Stufe der Urananreicherung an. Bis zum 9. April werde es eine entsprechende Erklärung geben, sagte der Präsident. Am 9. April vorigen Jahres hatte er dem Volk die „freudige Nachricht“ mitgeteilt, in der Urananreicherung eine neue Stufe erreicht und sich damit in den Klub der Atommächte eingereiht zu haben. Es wird damit gerechnet, dass eine Aufstockung der Zahl der Zentrifugen in Natanz von jetzt 164 auf 3000 bekannt gegeben wird.

Verwirrend ist auch, dass am Tag nach der Rede Ahmadinedschads der Sprecher im iranischen Außenministeriums vor der Presse erklärte: „Iran ist bereit, über alles zu verhandeln, auch über die Aussetzung der Uran-Anreicherung“.

Diese Widersprüche in der iranischen Staatsführung geben Anlass zu Spekulationen. Bekannt ist jedenfalls, dass Ahmadinedschads radikaler außenpolitischer Kurs, seine unnachgiebige Haltung im Atomstreit, seine Attacken ge-

gen die USA und Israel und seine Politik im Bezug auf den Irak, Libanon und Palästina nicht nur von Reformern abgelehnt wird, sondern auch bei moderaten Konservativen höchst umstritten ist. Bei diesen Auseinandersetzungen, die zunehmend schärfer geführt werden, auch weil die Regierung innenpolitisch versagt und ihre Wahlversprechen nicht eingelöst hat, ist entscheidend, welche Position Revolutionsführer Ali Chamenei einnimmt. Chamenei hat bisher zumindest verbal versucht, Ahmadinedschad den Rücken zu stärken. Doch seit kurzem geht er offensichtlich auf Distanz. Allein die Tatsache, dass er vorbei an der Regierung seinen außenpolitischen Berater, den langjährigen Außenminister Welayati, zu Atomverhandlungen mit der russischen Regierung nach Moskau geschickt hat, zeigt, dass er dem Regierungschef Zügel anlegen will. Chamenei steht unter dem Druck der erfahrenen, inzwischen pragmatisch gewordenen Politiker wie dem ehemaligen Staatspräsidenten Haschemi Rafsandschani, die vor Gefahren von außen warnen und eine behutsamere Gangart in der Außenpolitik verlangen. Auch der Umstand, dass Laridschani, der selbst inzwischen schlauer geworden zu sein scheint, doch noch nach München reisen durfte, deutet darauf hin, dass Chamenei dem Druck der Grauen Eminenzen nachgegeben hat. Laridjani hatte zunächst die Einladung zur Teilnahme an der Sicherheitskonferenz angenommen, dann angeblich aus Gesundheitsgründen abgesagt. Dieses Hin und Her kann aber auch als die Fortsetzung des Katz-und-Maus-Spiels gedeutet werden, mit dem die trickreichen Mullahs schon seit geraumer Zeit ihre europäischen Verhandlungspartner an der Nase herumführen.

Dies mag der Grund dafür sein, dass die EU-Außenminister bei ihrem Treffen einen Tag nach der Münchener Sicherheitskonferenz beschlossen, die am 23. Dezember vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen gegen Iran strikt umzusetzen. Doch um Teheran nicht zu verprellen betonten sie zugleich, dass die EU nach wie vor eine diplomatische Lösung anstrebe und zu Verhandlungen mit Teheran bereit sei. Es liege weiterhin am Iran, die Rückkehr zu Gesprächen möglich zu machen, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Diese Zweigleisigkeit, eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche, wurde noch durch eine Peinlichkeit ergänzt: Nach dem Treffen der Außenminister gelangte ein interner Bericht des EU-Außenbeauftragten Javier Solana an die Öffentlichkeit. In diesem Dokument, das von der Financial Times Deutschland veröffentlicht wurde, schreibt Solana: „Wir müssen damit rechnen, dass der Iran irgendwann in der Lage sein wird, Uran bis zu dem für ein Waffenprogramm notwendigen Grad anzureichern.“ Das Problem mit dem Iran werde nicht allein durch Wirtschaftssanktionen gelöst werden. Einzig technische Schwierigkeiten hätten bislang den Fortgang des iranischen Atomprogramms behindert – und nicht etwa Resolutionen des UN-Sicherheitsrats oder der Internationalen Atombehörde.

Dieses Dokument werden einerseits die Hardliner als Bestätigung dafür nehmen, dass Iran nichts zu befürchten habe und sein Atomprogramm ohne Zugeständnisse fortsetzen könne und die Moderaten dafür, dass die USA und die EU doch noch von der militärischen Option Gebrauch machen werden.

Iran will im Mai 3000 Zentrifugen in Betrieb haben

Iran will bis Mai in der Atomanlage Natanz rund 3000 Zentrifugen zur Anreicherung von Uran in Betrieb nehmen. Die iranische Führung habe die Internationale Atombehörde (IAEA) darüber informiert, dass sie 18 Reihen mit je 164 Zentrifugen installieren wolle, insgesamt also knapp 3000 Geräte, erklärte der stellvertretende Leiter der iranischen Atomorganisation, Mohammad Saidi, am 22. Februar nach Angaben der Nachrichtenagentur Mehr. Das in die Atomanlage Natanz gebrachte Gas, von dem IAEA-Generaldirektor Mohammd El Baradei gesprochen habe, stehe damit im Zusammenhang. Laut IAEA sind in Natanz bereits vier der 18 Kaskaden mit jeweils 164 Zentrifugen installiert.

In seinem Bericht an den UN-Sicherheitsrat erklärte EL Baradei offiziell, Iran habe die vom Rat am 23. Dezember festgesetzte Frist von zwei Monaten verstreichen lassen und entsprechende Aktivitäten im Rahmen seines Atomprogramms nicht eingestellt.

Der IAEA-Chef berichtete, Iran arbeite weiterhin an einem Ausbau der Atomanlage von Natanz, wo Zentrifugen zur Anreicherung von Uran installiert wurden. In dem sechsseitigen Bericht hieß es weiter, Iran setze, allen Forderungen des Sicherheitsrats zum Trotz, den

Bau eines Schwerwasserreaktors fort. Die IAEA-Experten könnten darüber hinaus keine Aussagen zur Entwicklung des iranischen Atomprogramms machen, da die Behörden nicht ausreichend kooperiert hätten.

Iranische Techniker hätten bis zum 17. Januar in Natanz ungefähr 66 Kilogramm des Anreicherungsgases Uranheyafluroid zu reaktortauglichem Uran 235 verarbeitet und die Zahl der einsatzfähigen Gaszentrifugen auf 328 verdoppelt, heißt es weiterhin in dem Bericht.

El Baradei erklärte, es gebe noch reichlich Zeit, mit Teheran über sein Atomprogramm zu verhandeln. Iran sei keine unmittelbare Bedrohung, betonte er in einer Rede an der London School of Economics. Bis das Land Atomwaffen entwickeln könnte, würden noch vier bis sechs Jahre vergehen – „genug Zeit, sich mit einem Dialog zu befassen".

Nun ist der Sicherheitsrat am Zug. Die USA drängen darauf, die Sanktionen gegen Iran zu verschärfen, die Europäer schwanken noch in ihrer Entscheidung, Russland und China haben sich bisher ablehnend geäußert.

Der stellvertretende Leiter der iranischen Atomorganisation, Saidi, nahm zu dem Bericht El Baradeis Stellung. Er bezeichnete das Verhalten Teherans als „selbstverständlich". Die Forderung nach einem Stopp der Urananreicherung in der UN-Resolution 1737 entbehre jeder „rechtlichen Grundlage" und sei daher unakzeptabel. Der Bericht zeige, dass nur Verhandlungen zu einer Lösung in dem Konflikt führen könnten. El Baradei habe eingeräumt, dass die IAEA-Inspekteure neue Überwachungskameras hätten installieren können, während die Zahl der Kontrollen gestiegen sei. Iran habe alle seine Verpflichtungen erfüllt und den IAEA-Inspekteuren Zugang zu allen seinen Anlagen gewährt. Der Bericht unterstreiche zudem erneut, dass es keinerlei Anzeichen gebe, dass Iran das angereicherte Uran zum Bau von Atombomben nutzen wolle. Die Überweisung der Angelegenheit an den UN-Sicherheitsrat sei daher rein politisch motiviert und habe keine rechtliche Grundlage.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zeigte sich nicht überrascht von dem Bericht. „Nach der Entwicklung der letzten Wochen war nichts anderes zu erwarten, als dass die IAEA feststellen würde, was sie genau getan hat", sagte er laut einer AP-Meldung vom 22. Februar. „Damit gilt es gemeinsam zu besprechen, wie jetzt verfahren wird". Zu den Optionen gehöre auch eine weitere Runde im Weltsicherheitsrat.

Die USA sehen in der Weigerung Teherans „eine verpasste Chance für die iranische Regierung und das iranische Volk". Der stellvertretende Sprecher des Außenministeriums, Tom Casey, erklärte in Washington, die amerikanische Regierung sei der Ansicht, dass der UN-Sicherheitsrat jetzt weitere Schritte einleiten sollte. Diese müssen über die im vergangenen Jahr vereinbarten Sanktionen hinausgehen. Einzelheiten wollte er nicht nennen.

Der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy forderte eine entschlossene und einheitliche Reaktion der internationalen Gemeinschaft. Sein Land unterstütze eine zweite Resolution des Sicherheitsrats, die einstimmig verabschiedet werden müsse, um Sanktionen fortzusetzen.

Unmittelbar vor Veröffentlichung des neuen Iran-Berichts des IAEA hatten die EU, die USA und Russland Teheran zum Einlenken im Atomstreit aufgefordert. Bei einem Treffen in Berlin bekräftigten die Außenminister Steinmeier für die deutsche EU-Präsidentschaft, Condoleezza Rice, Sergej Lawrow und der EU-Außenbeauftragte Javier Solana ihre Bereitschaft, unter bestimmten Bedingungen an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Man hoffe auf die Einsicht Teherans, dass „ein noch so ehrgeiziges Atomprogramm die Menschen im Iran nicht satt macht", sagte Steinmeier nach dem Treffen. Es sei vereinbart worden, zum weiteren Vorgehen in der Iran-Frage „im vertraulichen Gespräch zu bleiben und in den nächsten Tagen die weiteren Schritte eng miteinander abzustimmen".

Ahmadinedschad: Unser „nukleare Zug hat weder eine Bremse noch einen Rückwärtsgang".

Während moderate Politiker in Iran versuchen, die Wogen des Atomkonflikts zu glätten, schürt Präsident Ahmadinedschad weiterhin das Feuer. Trotz internationaler Warnungen beharrt er nicht nur auf das Recht Irans, im eigenen Land Uran anzureichern und den

atomaren Brennstoff herzustellen. Auch durch seine provokanten Äußerungen und seine trotzige Haltung liefert er der Gegenseite immer wieder einen Vorwand, um den Druck auf Iran zu stärken. Unser „nukleare Zug hat weder eine Bremse noch einen Rückwärtsgang“, sagte er der Agentur Fars am 25. Februar. „Wir haben sowohl die Bremse als auch den Rückwärtsgang im Vorjahr weggeworfen.“

Diese provokativen Äußerungen haben in Iran viel Kritik hervorgerufen. Das sei keine Sprache der Diplomatie, sondern eine Sprache, die man eher auf dem Basar benutzt, sagte ein Parlamentsabgeordneter. US-Außenministerin Rice meinte zu den Worten Ahmadinedschads, Iran müsse nicht den Rückwärtsgang einlegen, sondern „einfach nur den Stopp-Knopf drücken“.

Brasilien setzt UN-Sanktionen gegen Iran in Kraft

Brasilien hat am 22. Februar UN-Sanktionen gegen Iran in Kraft gesetzt. Präsident Luiz Inacio Lula da Silva unterzeichnete ein entsprechendes Dekret zur Umsetzung einer Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 23. Dezember, die allen Ländern den Verkauf und die Lieferung von Atomtechnologie an Iran verbietet.

Presse: Israel will Luftkorridor über Irak für Angriff auf Iran

Einem britischen Pressebericht zufolge bereitet Israel einen möglichen Luftangriff auf iranische Atomanlagen vor. Die israelische Regierung habe bei der US-Regierung angefragt, ob israelische Jets im Falle einer Entscheidung für einen solchen Angriff den irakischen Luftraum überfliegen dürften, berichtete „The Daily Telegraph“ in seiner Ausgabe vom 25. Februar. „Eine der letzten Fragen, die wir klären müssen, ist, wie wir eigentlich zu den Zielen in Iran gelangen. Der einzige Weg ist, durch den von der USA kontrollierten Luftraum im Irak zu fliegen“, sagte ein israelischer Offizier, der der Zeitung zufolge an den militärischen Planungen beteiligt ist.

Es sei wichtig, die Frage eines Luftkorridors zu klären, ansonsten „können wir eine Situation haben, wo amerikanische und israelische Jagdflugzeuge aufeinander zu schießen beginnen“, zitierte „The Daily Telegraph“ einen Mitarbeiter des israelischen Verteidigungsministeriums.

Indes hat der frühere israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu Iran vorgeworfen, ein „islamisches tausendjähriges Reich“ errichten zu wollen. Bei einer Begegnung mit Journalisten am 28. Februar zog Netanjahu eine Parallele zwischen Iran und Nazi-Deutschland. „Sie denken, dass Hitler in den 30er Jahren hätte aufgehalten werden sollen? Dann zeigen Sie es jetzt“, forderte der Oppositionspolitiker das Ausland mit Blick auf Iran auf. Für die arabischen Länder sei Iran ebenso eine Gefahr wie für die nicht fanatischen Muslime.

Die verbalen Angriffe gegen Israel seien nur eine erste Stufe, fügte der Chef der rechtsgerichteten Likud-Partei hinzu. Ziel sei ein Reich, das von Persien bis nach Spanien reiche.

USA machen Jagd auf Iraner im Irak

Mit der Entführung eines iranischen Diplomaten in Bagdad hat sich das ohnehin hoch angespannte Verhältnis zwischen Teheran und Washington verschärft. Wie ein Sprecher der iranischen Vertretung mitteilte, stoppten am 4. Februar mitten in Bagdad rund dreißig Männer in Uniform der irakischen Armee den Wagen des zweiten Botschaftssekretärs, Dschalal Scharafis und nahmen ihn mit.

Der Diplomat sei von Angehörigen einer irakischen Spezialeinheit festgenommen worden, die direkt den US-Streitkräften unterstehe, sagte ein irakischer Regierungsbeamter. Dem widersprach der amerikanische Militärsprecher Christopher Garver. An dem Vorfall sei keine Einheit beteiligt gewesen, die unter Kommando der USA stehe. Toni Snow, Sprecher des Weißen Hauses, behauptete: „Das einzige, was wir wissen, ist, dass die irakische Regierung den Vorfall untersucht.“

Teheran legte scharfen Protest ein. Der Sprecher des Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, verurteilte das Vorgehen als „einen Akt des Terrors und der Verletzung des Völkerrechts“.

Bereits am 11. Januar hatten US-Truppen in der nordirakischen Stadt Arbil fünf Iraner festgenommen. Es habe sich um Revolutionsgardisten gehan-

delt, die dafür bekannt seien, regierungsfeindliche Gruppen im Irak mit Geld, Waffen oder technischem Know-how, etwa zum Bau von Sprengsätzen, zu unterstützen, teilte die US-Armee in Bagdad mit. Dem widersprach Teheran und warf den USA vor, ein Gebäude angegriffen zu haben, das unter diplomatischen Status gestellt werden sollte. Die fünf Personen befinden sich weiterhin in US-Gewahrsam.

Die Vorfälle gehören offenbar zu der von Präsident George W. Bush angekündigte neue Irak-Strategie, die die Unterstützung für „Feinde der US-Truppen im Irak“ durch Iran und Syrien stoppen soll. Seitdem gilt der Befehl, verdächtige Iraner im Irak zu töten oder gefangen zu nehmen. „Kill or capture“ lautet die neue Anweisung des Präsidenten an die im Irak stationierten Soldaten.

Doch die neue US-Strategie geht weit darüber hinaus. Die Bush-Regierung scheint dazu entschlossen zu sein, Iran vollständig zu isolieren und durch immer härtere Sanktionen das Regime in die Knie zu zwingen. Dabei wird auch eine militärische Option nicht ausgeschlossen. Darauf deutet die neuerliche Entsendung von Patriot-Raketen und eines zusätzlichen Flugzeugträgers in die Golfregion. US-Verteidigungsminister Robert Gates bestritt, dass diese Maßnahmen auf eine Bereitschaft Washingtons zur militärischen Konfrontation mit Teheran hindeuten. „Wir wollen nur die Bedeutung dieser Region für die USA klar machen und unsere Entschlossenheit unterstreichen, dort für lange Zeit präsent zu sein“, sagte Gates.

Warnungen an den Iran kamen auch von Vizepräsident Dick Cheney. Teheran fische mit seiner Unterstützung schiitischer Milizen „in gefährlichen Gewässern“, sagte Cheney und warf der iranischen Regierung vor, „gewissen Kräften im Irak Sprengsätze“ geliefert zu haben. Der Sicherheitsberater im Weißen Haus, Stephen Hadley, schloss sogar nicht aus, dass US-Truppen bis auf iranisches Territorium vordringen könnten, um Helfer von Aufständischen zu jagen.

Zu der neuen Strategie der USA, Irans Einfluss im Irak, in Libanon und in Palästina zu unterbinden und das Land zum Nachgeben im Atomkonflikt zu zwingen, gehört auch, mit „moderaten“ arabischen Staaten, wie Ägypten, Saudi-Arabien und den Emiraten, eine gemeinsame Front gegen den Iran zu bilden. Am 17. Januar forderten die USA und sieben arabische Staaten in einer Erklärung den Iran auf, seine Einmischung in die Angelegenheiten Iraks zu beenden. Washington ist es offenbar gelungen, bestehende Ängste arabischer Herrscher vor einem Erstarken des schiitischen Iran in der Region zu schüren und die ohnehin bestehenden Differenzen zwischen Schiiten und Sunniten zu vertiefen. Dieselbe Strategie verfolgte offenbar auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer viertägigen Reise durch arabische Staaten.

USA: Neue Beweise für iranische Waffen im Irak

Die USA haben nach eigenen Angaben neue Beweise für den Einsatz iranischer Waffen im Irak. Das US-Militär teilte am 26. Februar mit, mehrere Waffen iranischer Bauart, darunter Raketen und Mörsergranaten, seien in der Nähe der Stadt Barkuba nördlich von Bagdad gefunden worden. Es stehe außer Zweifel, dass die Waffen iranischer Bauart seien. Allerdings gebe es keine Möglichkeit, heraus zu finden, ob die Regierung in Teheran an Waffenlieferungen in das Nachbarland beteiligt sei.

Die betreffenden Waffen wurden Journalisten von US-Militärvertretern auf einer US-Basis in Bagdad gezeigt. Für welche Gruppe irakischer Aufständischer die Waffen bestimmt waren, blieb unklar. US-Major Jeremy Siegrist sagte, die Waffen seien in der Nähe eines Dorfes gefunden worden, in dem Anhänger der Mahdi-Miliz des einflussreichen schiitischen Geistlichen Moktada al-Sadr aktiv seien. Nach US-Einschätzung zählt die Miliz von Sadr zu den größten Bedrohungen für die Sicherheitslage im Irak.

Die USA werfen Iran vor, die Gewalt im Irak anzuheizen und damit gegen die US-Truppen zu arbeiten. Iran hat diese Vorwürfe zurückgewiesen.

Der US-Geheimdienstkoordinator Mike McConnell sagte am 28. Februar vor dem Streitkräfteausschuss des Senats, wahrscheinlich sei auch die Spitze in Teheran darüber eingeweiht, dass diese tödlichen Waffen den Rebellen zur Verfügung gestellt würden. Durch die Waffen, die auch schwer gepanzerte Fahrzeuge zerstören können, sind nach US-

Angaben 170 US-Soldaten im Irak getötet worden.

Die Waffen würden in Iran gefertigt und über die iranischen Al-Kods-Einheiten in den Irak geschmuggelt, sagte McConnell. Der Geheimdienstchef erhob jedoch nicht den Vorwurf, dass es eine direkte Verbindung zwischen den Aktivitäten der Al-Kods-Gruppen und der iranischen Führung gebe. Allerdings sei eine Verbindung wahrscheinlich, fügte er hinzu. Der parteilose Senator Joe Lieberman wertete die Erkenntnisse McConnells als besorgniserregend.

Wenn es stimme, dass Iran irakische Rebellen an schweren Waffen ausbilde, sei dies ein sehr schwerwiegender Tatbestand. „Hier sollten wir Schritte überlegen, um dies zu stoppen“, fügte Lieberman hinzu.

Washington nimmt gemeinsam mit Iran und Syrien an Irak-Konferenz teil

Überraschend erklärte sich Washington am 27. Februar bereit, an einer für April angekündigten Irak-Konferenz unter Beteiligung Irans und Syriens teilzunehmen. Zunächst sei für den März eine Tagung geplant, an der sich Botschafter und Gesandte aus den Nachbarstaaten des Irak sowie die fünf Vetomächte im UN-Sicherheitsrat beteiligen würden, teilte US-Außenministerin Condoleezza Rice in Washington mit. Auf dieses erste Treffen soll dann „vielleicht schon in der ersten Aprilhälfte“ eine Tagung auf Ministerebene folgen, zu der die irakische Regierung die gleichen Länder „plus G-8-Staaten“ eingeladen habe.

„Ich möchte hervorheben, dass die irakische Regierung Syrien und Iran eingeladen hat, an diesen beiden Treffen teilzunehmen“, erklärte Rice. „Wir hoffen, dass diese Regierungen die Gelegenheit nutzen, um ihre Beziehungen mit dem Irak zu verbessern – und sich für Frieden und Stabilität in der Region einzusetzen“. Die US-Außenministerin begrüßte die „neue diplomatische Initiative“ und wies darauf hin, dass die Gewalt im Irak sich auch auf die Nachbarländer auswirke.

Zu der ersten Konferenz im März sind Angaben zufolge Iran, Jordanien, Kuwait, Saudi-Arabien, Syrien, die Türkei, Ägypten und Bahrain eingeladen sowie die arabische Liga und die Organisation der Islamischen Konferenz; auch die fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat – Frankreich, Großbritannien, die USA, Russland und China – sollen vertreten sein. Zur Gruppe der G8 gehören außerdem Deutschland, Italien, Kanada und Japan.

Ein Sprecher der irakischen Regierung sagte, die Konferenz über Sicherheit, Zusammenarbeit und Versöhnung diene dem Ziel, im Irak Frieden und Stabilität herzustellen. Es werde auch „das Eis zwischen den westlichen Mächten und den Staaten in der Region brechen“. Es sei äußerst schwierig gewesen, die Zustimmung der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zur Teilnahme an der Konferenz zu bekommen, sagte Iraks Außenminister Hushiar Zibari.

Tatsächlich ist das Zustandekommen der Konferenz in erster Linie den Irakern zu verdanken. Seit Monaten versuchen einflussreiche Iraker Teheran und Washington von der Notwendigkeit direkter Gespräche zu überzeugen. Abdolazin Hakim, Ratsvorsitzender der islamischen Revolution im Irak forderte während seines Besuchs in Teheran am 5. Februar die USA und Iran auf, endlich bilaterale Gespräche zu führen. Dies sei der Wunsch aller Fraktionen im Irak, sagte Hakim. Er hatte vor seiner Reise nach Iran in Washington Gespräche mit Präsident Bush geführt.

Auch Iraks Staatspräsident Dschalal Talabani hatte im Januar in einem Interview mit der arabischen Tageszeitung Al Hayat erklärt, Iran sei zu direkten Verhandlungen mit Washington bereit.

Iran kündigte an, er werde einen Vertreter auch auf die Gefahr hin, dass dieser von dem Vertreter Washingtons ignoriert werde, nach Bagdad schicken. Sollte das Treffen tatsächlich zustande kommen, wäre es das erste Mal nach der Afghanistan-Konferenz im Jahre 2002, dass Iran gemeinsam mit den USA an einer internationalen Konferenz teilnehmen würde. Die iranische Führung werde alles „Notwendige tun, um dem irakischen Volk und seiner Regierung zu helfen“, erklärte Ali Laridschani, Leiter des Nationalen Sicherheitsrates und Chefunterhändler bei den Atomverhandlungen.

Der Sprecher des US-Außenministeriums McCormack sagte: „Ich bin sicher, dass

bei dem Treffen unterschiedliche Themen zur Sprache kommen, auch zwischen einzelne Teilnehmerstaaten“. Demnach ist es durchaus möglich, dass es auch zu direkten Gesprächen zwischen Teheran und Washington kommen würde.

Erstaunlich ist, dass die USA ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer solchen Konferenz just zu einem Zeitpunkt erklärt haben, an dem sie ihre Beziehungen zu Teheran verschlechtern: Sie verstärken im Atomkonflikt den Druck auf Iran und werfen dem Land die Unterstützung terroristischer Aktivitäten im Irak vor. Möglicherweise sieht sich die Bush-Regierung durch den Druck der Öffentlichkeit bzw. der Kongressabgeordneten zu diesem Schritt gezwungen. Auch die sich verschlimmernde Lage im Irak könnte Washington zu einem Kurswechsel bewogen haben. „Voraussetzung für einen Erfolg im Irak ist die Unterstützung der Nachbarländer“, sagte Außenministerin Rice. Dagegen sind einige politische Beobachter der Meinung, dass die USA keinerlei Kurswechsel vorgenommen hätten und nur den Eindruck erwecken wollen, dass sie guten Willens seien und keine anderen Absicht hätten, als Frieden und Demokratie.

Außenminister islamischer Staaten fordern diplomatische Lösung des Atomstreits

Die Außenminister von sieben einflussreichen islamischen Staaten haben sich für eine „diplomatische Lösung“ im Atomstreit mit Iran ausgesprochen. Die jüngste „Eskalation von Spannungen“ wecke große Sorge, hieß es am 24. Februar in einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister von Pakistan, Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien, Indonesien, Malaysia und der Türkei, die vom pakistanischen Vertreter Khurshid Kasuri in Islamabad verlesen wurde.

Alle Streitpunkte sollen auf diplomatischem Weg und nicht durch Gewalt gelöst werden, hieß es darin weiter. Anstatt die angespannte Situation in der Golfregion weiter anzuheizen, sollte auf eine Entspannung hingearbeitet werden, erklärten die Minister. Sie forderten alle Staaten auf, gemeinsam dieses Ziel zu verfolgen.

Das eintägige Treffen, an dem auch der Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), Ekmeleddin Ihsanglu, teilnahm, war auf Initiative des pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf zustande gekommen. Der General hatte auf einer Rundreise durch islamische Staaten dafür geworben, gemeinsam nach einer islamischen Lösung der zahlreichen Konflikte im Nahen Osten zu suchen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen neben dem Atomstreit mit Iran die anhaltende Gewalt im Irak sowie der Dauerkonflikt zwischen Israel und Palästina. Die Beratungen dienten auch der Vorbereitung eines späteren islamischen Gipfels unter Leitung des saudiarabischen Königs Abdullah.

Bereits am 20. Februar war US-Außenministerin Rice nach inoffiziellen jordanischen Angaben bei ihrem Besuch in Jordanien auch mit Geheimdienstchefs mehrerer arabischer Staaten zusammen getroffen. Thema des Treffens soll unter anderem Iran gewesen sein. Arabische Staaten befürchten katastrophale regionale Auswirkungen im Falle eines militärischen Angriffs der USA gegen Iran.

Zweiter US-Flugzeugträger traf im Golf von Oman ein

Inmitten der Spannungen mit Iran haben die USA einen zweiten Flugzeugträger im Nahen Osten stationiert. Die „USS John C. Stennis“ sei am 20. Februar in ihrem Einsatzgebiet im Golf von Oman eingetroffen, teilte die US-Flotte in Manama im Golfstaat Bahrain mit. Das Schiff soll vor allen die Bodentruppen im Irak und in Afghanistan unterstützen und zur Stabilität der Region beitragen. Ein Sprecher der Flotte sagte, der Flugzeugträger befinde sich an der Küste Pakistans Im Nordosten des Einsatzgebietes der fünften Flotte. Auch der Flugzeugträger „USS Dwight D. Eisenhower“ befindet sich derzeit im Golf von Oman.

Präsident Bush hatte die Entsendung eines zweiten Flugzeugträgers in die Region bei der Präsentation seiner neuen Irak-Strategie im Januar angekündigt. Verteidigungsminister Robert Gates stellte die Entsendung kurz darauf als „Signal an den Iran“ dar. Der scheidende Kommandant der US-Flotte, Admiral Patrick Walsh, sagte jedoch vor Journalisten in Manama, die Stennis solle in erster Linie die Einsätze in Afghanistan unterstützen.

Assad und Ahmadinedschad kritisieren US-Politik im Nahen Osten

Iran und Syrien haben den USA eine einseitige Nahost-Politik zu Lasten muslimischer Länder vorgeworfen. „Amerika gibt vor, Frieden und Stabilität in der Region wiederherstellen zu wollen“, sagte Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad am 18. Februar zu Beginn eines Besuchs von Syriens Präsident Baschar al-Assad in Iran. „Aber das Ziel Amerikas ist es, das zionistische Regime (Israel) und seine eigene Position zu stärken.“ Diese Politik gehe zu Lasten der muslimischen Länder in der Region. Assad sagte, die US-Politik im Nahen Osten sei gescheitert. „Sie versuchen, ihre Ziele zu verfolgen, indem sie Keile zwischen die muslimischen Länder treiben.“

Beide Politiker sprachen der Nachrichtenagentur IRNA zufolge miteinander über die Instabilität im Irak und die Krise im Libanon. Es war der zweite Besuch Assads im Iran seit der Amtsübernahme Ahmadinedschads im Sommer 2005.

Ahmadinedschad lobte das Bemühen der palästinensischen Gruppen Hamas und Fatah zur Bildung einer Einheitsregierung. „Streits zwischen muslimischen Gruppen war immer schlecht für die Nationen der Region und haben den Feinden des Islam geholfen.“

Iran ist Syriens engster Verbündeter in der Region. Die USA beschuldigen beide Länder, durch die Unterstützung Aufständischer die Spannungen im Irak zu schüren und zudem die pro-westliche Regierung im Libanon stürzen zu wollen.

Assad führte während seines zweitägigen Aufenthalts in Teheran auch Gespräche mit anderen führenden Politikern Irans, unter anderem mit Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani und dem Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats Ali Laridschani. Rafsandschani wiederholte dabei die Position Irans in Bezug auf den Irak und forderte die USA auf, ihre Streitkräfte aus dem Nachbarland abzuziehen. „Solange die USA Irak besetzt halten, wird es keinen Frieden geben“, sagte Rafsandschani. Assad lud Rafsandschani zu einem offiziellen Besuch nach Syrien ein.

Nach Meinung politischer Beobachter ging es bei dem überraschenden Besuch Assads vor allem darum, etwaige Vereinbarung zwischen Iran und Saudi-Arabien über Libanon, die zu Lasten Syriens gehen könnten, zu verhindern. Medienberichten zufolge hätten die beiden Staaten einen Deal vereinbart. Danach sollte der Hisbollah im Libanon eine dreißigprozentige Regierungsbeteiligung zugestanden werden. Im Gegenzug sollte die Hisbollah ihre Zustimmung zum Hariri-Tribunal erteilen. Die Umsetzung einer solchen Vereinbarung hätte für Syrien äußerst negative Folgen. In wieweit es nun Assad gelungen ist, Teheran umzustimmen, ist nicht bekannt.